



Landeskirchenamt ■ Postfach 37 26 ■ 30037 Hannover

Mitteilung K 12/2015

(lt. Verteiler)

Dienstgebäude Rote Reihe 6
30169 Hannover
Telefon/Telefax 0511 1241-0/266
E-Mail landeskirchenamt@evlka.de
Auskunft Frau Willudda
Durchwahl 0511 1241- 292
E-Mail Birgit.Willudda@evlka.de

Datum 8. September 2015
Aktenzeichen 7040 / 71

Finanzplanung;

hier: Ergänzende Hinweise für die Schlussphase des Planungsprozesses für den neuen Planungszeitraum ab 1. Januar 2017

- Zusammenstellung ergänzender Informationen für den Planungsprozess für den kommenden Planungszeitraum sowie
- Erhöhung des Allgemeinen Planungsvolumens

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Ende der Sommerferien geht der Planungsprozess der Kirchenkreise für den am 01. Januar 2017 beginnenden neuen Planungszeitraum in die Schlussphase. Auf Grund der Nachfragen und Rückmeldungen, die seit den Vorbereitungsveranstaltungen im Januar und Februar dieses Jahres bei uns eingegangen sind, möchten wir Ihnen mit dieser Mitteilung einige ergänzende Hinweise für diese Schlussphase geben.

I. Bisherige Schritte

- Erste Hinweise für die Finanzplanung im neuen Planungszeitraum haben wir Ihnen bereits mit unserer Mitteilung K 8/2014 vom 02. September 2014 übermittelt. Wir hatten in diesem Zusammenhang insbesondere die wichtigsten Leitentscheidungen für den kommenden Planungszeitraum (vgl. Abschnitt 1. der Mitteilung K 8/2014) bekannt gegeben.
- Unmittelbar nach Beschlussfassung durch die Landessynode im November 2014 haben wir Ihnen per E-Mail an die Superintendenturen und Kirchen(kreis)ämter ergänzende Informationen und die vorläufigen Zuweisungsplanwerte für den neuen Planungszeitraum übermittelt, wie sie im **Aktenstück Nr. 23** der Landessynode enthalten sind. Dieses Aktenstück finden Sie neben anderen Informationen auf unserer Internetseite <http://finanzplanung.landeskirche-hannovers.de>.

.../2

- Im Januar und Februar dieses Jahres bestand bei insgesamt 13 regionalen Veranstaltungen (8 Sprengelkonferenzen für die Verantwortlichen in den Planungsgremien, 4 vertiefende Qualifizierungsveranstaltungen zu Möglichkeiten der Konzept- und Prozessgestaltung, eine Veranstaltung für die Mitarbeitenden der Kirchenämter) in verschiedener Form Gelegenheit zur Information und zum Gespräch. Von diesem Angebot haben insgesamt 402 Personen Gebrauch gemacht. Wir haben die Veranstaltungen mittlerweile zusammen mit dem Fachgebiet Gemeindeberatung/Organisationsentwicklung im Haus kirchlicher Dienste ausgewertet, damit wir Ihnen in Zukunft noch ein verbessertes Angebot an Unterstützung zur Verfügung stellen können.
- Im Juli dieses Jahres sind Ihnen die Bescheide über die Ausgangsdaten für den neuen Planungszeitraum zugegangen, die wir entsprechend § 4 Abs. 1 FAVO zum 30. Juni dieses Jahres erhoben haben.
- In der letzten August-Woche haben wir Ihnen die Bescheide über die Zuweisungsplanwerte der Haushaltsjahre 2017 – 2022 übersandt. Wie in den vorangegangenen Planungszeiträumen weichen die endgültigen Zuweisungsplanwerte nur geringfügig von den vorläufigen Planungswerten ab, die wir Ihnen im November vergangenen Jahres übermittelt haben. Die Abweichung beträgt im landeskirchlichen Durchschnitt 0,28 %. Bei zwei Dritteln der Kirchenkreise liegt sie unter 0,5 %. Die maximale Abweichung nach oben beträgt 1,22 %, die maximale Abweichung nach unten 1,62 %.

II. Erhöhung des Allgemeinen Planungsvolumens

Im November 2014 hatte die Landessynode die nachfolgend genannten Allgemeinen Planungsvolumina in den einzelnen Haushaltsjahren des Planungszeitraums beschlossen:

- 2017 – 2020:	je	238,04 Mio. Euro,
- 2021:		234,46 Mio. Euro,
- 2022:		230,89 Mio. Euro.

Mit der Allgemein-Verfügung Nr. 51 (Kirchl. Amtsbl. Nr. 6/2014, Seite 171) wurden diese Zahlen im Kirchlichen Amtsblatt veröffentlicht.

Im Juli dieses Jahres hat der Landessynodalausschuss auf unseren Vorschlag das Allgemeine Planungsvolumen um einen Betrag i.H.v. rund 1,2 Mio. Euro pro Haushaltsjahr aufgestockt. Es hat jetzt in den einzelnen Haushaltsjahren des Planungszeitraums folgende Höhe, die bei der Festsetzung der Zuweisungsplanwerte bereits berücksichtigt wurde:

- 2017 – 2020:	je	239,27 Mio. Euro,
- 2021:		235,68 Mio. Euro,
- 2022:		232,09 Mio. Euro.

Die Erhöhung resultiert aus der Vereinheitlichung der Berechnungsweisen für die Planungswerte und die tatsächlichen Zuweisungswerte in Bezug auf unterjährige Tarifsteigerungen bei den Personalkosten. Bei unterjährigen Tarifsteigerungen wurden bislang bei der Berechnung des Allgemeinen Planungsvolumens – anders als beim Allgemeinen Zuweisungsvolumen (vgl. § 2 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes – FAG -) - unterjährige Besoldungssteigerungen bei den Pfarrern und Pfarrerninnen sowie Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen auch als Sockel für die kommenden Jahre nur zeitanteilig berücksichtigt.

Durch die Umstellung auf eine einheitliche Berechnungsgrundlage ergeben sich **keine finanziellen Auswirkungen** für den landeskirchlichen Haushalt und für den Haushalt der Kirchenkreise: Die Kirchenkreise haben jedenfalls in der Vergangenheit durch eine jeweils mit dem Landessynodalausschuss abgestimmte Erhöhung des Allgemeinen Zuweisungsvolumens mit der Gesamtzuweisung die vollen Personalkostensteigerungen bei den privatrechtlich Beschäftigten sowie bei den Kirchenbeamten/Kirchenbeamtinnen erhalten. Personalkostensteigerungen bei den Pfarrern und Pfarrerninnen, die über die beim Allgemeinen Planungsvolumen berücksichtigten Steigerungen hinausgehen, werden während eines laufenden Planungszeitraumes ohnehin von der Landeskirche getragen und bei der Neuberechnung der Verrechnungsbeträge nach § 10 Abs. 2 FAG berücksichtigt.

Auch wenn sich durch die Erhöhung der Allgemeinen Planungsvolumina die individuellen Planungsvorgaben für die Kirchenkreise (Plus oder Minus in Euro) betragsmäßig ändern, ergeben sich faktisch und prozentual ebenfalls **keine Auswirkungen auf die Planungen der Kirchenkreise**. Denn die Vergleichsbasis für die Berechnung (fiktiver Zuweisungsplanwert 2016; vgl. Spalte 7 der Anlage 1 zu Aktenstück Nr. 23) erhöht sich in gleicher Weise.

III. Veränderungen bei den Ausgangsdaten

Im Zusammenhang mit der Feststellung der Ausgangsdaten hat es Nachfragen und aus 5 Kirchenkreisen auch Widersprüche gegeben, weil die von uns im Rahmen des Regionalfaktors (§ 1 Abs. 3 FAVO) berücksichtigten Einwohnerzahlen des Landesamtes für Statistik Niedersachsen (LSN) in den Mittel- und Oberzentren nach dem Niedersächsischen Landesraumordnungsprogramm von den Einwohnerzahlen abwichen, die bei den jeweiligen Kommunen registriert waren.

Diese Abweichungen sind darauf zurückzuführen, dass sich die Grundlage für die amtlichen Einwohnerzahlen des LSN gegenüber der letzten Feststellung der Ausgangsdaten für den laufenden Planungszeitraum im Jahr 2011 verändert hat. Grundlage für die Berechnung der Einwohnerzahlen des LSN sind nach dem Niedersächsischen Bevölkerungsstatistikgesetz Volkszählungen, deren Ergebnisse jeweils fortgeschrieben werden.

Die bislang von uns verwendeten Daten beruhen auf der Fortschreibung der Daten aus der Volkszählung von 1987 (sog. 100-Reihe). Diese Datenreihe wird jedoch seit 2013 nicht mehr fortgeschrieben. Die einzigen verfügbaren Daten des LSN sind daher die Daten, die sich auf die Volkszählung vom 09. Mai 2011 beziehen (Tabellen der sog. 102-Reihe).

Nach dem eindeutigen Wortlaut von § 1 Abs. 3 FAVO sind bei der Feststellung der Ausgangsdaten die Einwohnerzahlen heranzuziehen, die zum jeweiligen Stichtag „beim Niedersächsischen Landesamt für Statistik aktuell verfügbar“ sind. Von dieser Vorgabe können wir im Interesse einer Gleichbehandlung aller Kirchenkreise auch bei besonders großen Abweichungen zwischen den Zahlen des LSN und den Zahlen der kommunalen Einwohnermeldeämter nicht abweichen. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch in der Landesverwaltung bei der Festsetzung von Zuweisungen usw. allein die Zahlen des LSN maßgeblich sind.

IV. Verrechnungsbeträge für Pfarrstellen

a.) Beträge:

Im Kirchlichen Amtsblatt Nr. 6/2014, Seite 172 sind die neuen Verrechnungsbeträge für Pfarrstellen veröffentlicht worden.

Der Verrechnungsbetrag für die Superintendentur-Pfarrstellen wird sich im nächsten Planungszeitraum, d.h. ab 01. Januar 2017, von 93.800,- Euro auf **106.800,- Euro**, der Verrechnungsbetrag für die Pfarrstellen von 81.300,- auf **92.800,- Euro** je voller Pfarrstelle erhöhen.

b.) Gründe für die Erhöhung:

Der deutliche Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass gem. § 5 FAVO die Verrechnungsbeträge während des laufenden Planungszeitraums konstant gehalten werden. Die neuen Verrechnungsbeträge haben daher zu berücksichtigen, was es in den vier Jahren des laufenden Planungszeitraums von 2013 bis 2016 an Erhöhungen in der Besoldung und Versorgung gegeben hat bzw. nach der Haushaltsplanung noch bis zum Stichtag 31. Dezember 2016 noch geben wird. Die Erhöhung der Durchschnittsbeträge ist dabei zurückzuführen auf:

- Besoldungserhöhungen (5,5 Mio. Euro),
- Veränderungen in der Gehaltsstruktur der Pfarrbesoldung, insbesondere die Wiedereinführung der Durchstufung nach Besoldungsgruppe A 14 ab der 12. Dienstaltersstufe zum 01. Januar 2015 (1,1 Mio. Euro),
- auf die Erhöhung der Versorgungskassen-Beiträge von 40 % auf 42% zum 01. Januar 2013 (5,5 Mio. Euro).

Die detaillierte Berechnung finden Sie in der Anlage zum Aktenstück Nr. 23.

Hinweis: Anders als bei den Pfarrstellen, für die die Landeskirche für die Dauer des Planungszeitraumes durch die Beibehaltung der Verrechnungsbeträge höhere (Besoldungs- und) Versorgungsbeiträge quasi verauslagt und die Kirchenkreise damit entlastet, werden für die im Kirchenkreis beschäftigten **Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen** in jedem Haushaltsjahr die tatsächlichen Versorgungsbeiträge mit der Gesamtzuweisung des Kirchenkreises verrechnet. Da das Allgemeine Zuweisungsvolumen (§ 2 Abs. 3 Nr. 1 FAG) i.d.R. entsprechend erhöht wird, werden die Kirchenkreise in der Summe der Landeskirche hierdurch zwar nicht finanziell belastet. Allerdings findet auch keine Entlastung wie bei den Pfarrstellen statt. Außerdem ist zu bedenken, dass der finanzielle Aufwand für Versorgungsbeiträge in den einzelnen Verwaltungsstellen individuell verschieden ist. Durch die maßgebliche Bemessung der Gesamtzuweisung der Kirchenkreise nach den Allgemeinen Schlüsseln nach § 5 Abs. 2 FAG (Kirchenglieder, Gemeinden, Regionalfaktor) können sich u.U. durch die Verrechnung der realen Versorgungsbeiträge für einzelne Kirchenkreise Fehlbeträge ergeben.

c.) Folgen der Erhöhung der Verrechnungsbeträge:

Für die Pfarrstellen, die aus Mitteln der Gesamtzuweisung finanziert werden, spielt die Erhöhung der Verrechnungsbeträge in der Summe keine Rolle, weil gleichzeitig mit der Erhöhung der Verrechnungsbeträge das Allgemeine Planungsvolumen um den entsprechenden Betrag erhöht wird. Die Erhöhung des Verrechnungsbetrages ist für die Kirchenkreise damit in der Summe kostenneutral.

In Bezug auf den neuen Verrechnungsbetrag bitten wir aber zu beachten, dass wir - soweit Pfarrstellen aus anderen Mitteln (z.B. durch Fördervereine) finanziert werden - gegenüber den Kirchenkreisen ab 2017 den neuen Berechnungsbetrag von 92.800 € für eine volle Pfarrstelle ansetzen werden. Ob und inwieweit die Kirchenkreise gegenüber Fördervereinen usw. diese Erhöhung weitergeben, entscheiden die Kirchenkreise im Rahmen ihrer Finanz- und Planungshoheit selbst. Sofern der Kirchenkreis den Mehrbedarf nicht übernehmen kann und/oder will, empfehlen wir, frühzeitig mit den Geldgebern in Verhandlung zu treten und neue Verträge abzuschließen. U.U. bleibt - als letztes Mittel - leider nur eine Reduzierung dieser Pfarrstellenanteile.

V. Vorlage der Stellenrahmenpläne und der Konzepte zu den Handlungsfeldern mit landeskirchlichen Grundstandards

Die Stellenrahmenpläne bedürfen weiterhin unserer Genehmigung (§ 23 Abs. 2 FAG). Gem. § 23 Abs. 1 FAG sind der Stellenrahmenplan und die Konzepte für die Handlungsfelder mit landeskirchlichen Grundstandards (§ 20 Abs. 2) dem Landeskirchenamt spätestens ein Jahr vor Beginn eines Planungszeitraums, also zum **31. Dezember 2015**, vorzulegen.

Wie im vergangenen Planungszeitraum bitten wir Sie, **uns die Stellenrahmenpläne und Konzepte neben der Schriftform auch in elektronischer Form zuzusenden.**

Soweit dieser Termin aus nachvollziehbaren Gründen nicht eingehalten werden kann, bestehen keine Bedenken, wenn – nach **vorheriger Absprache** mit uns – der Stellenrahmenplan und die Konzepte im Januar 2016 übersandt werden. Wir bitten Sie aber zu bedenken, dass wir die Prüfung und Genehmigung der Stellenrahmenpläne wegen der notwendigen Einhaltung der personalwirtschaftlichen Ziele der Landeskirche erst abschließen können, wenn wir alle Stellenrahmenpläne geprüft haben. Verzögerungen bei der Vorlage verzögern daher den Abschluss des Verfahrens für alle Kirchenkreise.

Die **Konzepte** zu den Handlungsfeldern mit landeskirchlichen Grundstandards bedürfen keiner Genehmigung mehr, sondern sind uns lediglich vorzulegen. Der Genehmigungsvorbehalt wurde als Ergebnis der Evaluation des letzten Planungsprozesses, wie von uns vorgeschlagen, durch das 3. Kirchengesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 17. Dezember 2013 (Kirchliches Amtsblatt Nr. 6/2013, S. 185) abgeschafft. Wir haben aber weiterhin die Möglichkeit, **Auflagen zu erteilen oder uns die Erteilung von Auflagen vorzubehalten**, wenn einzelne Konzepte auch unter Berücksichtigung der weitreichenden Planungshoheit der Kirchenkreise nicht plausibel erscheinen (§ 23 Abs. 4 FAG). Darüber hinaus beabsichtigen wir, wie bisher wieder rechtlich **unverbindliche Hinweise** zu einzelnen Konzepten geben, wenn uns Punkte auffallen, die nach unserem Eindruck für Ihre weitere Arbeit an und mit den Konzepten hilfreich und bedenkenswert sein könnten.

Wir haben unsere internen Abläufe für die Prüfung der Stellenrahmenpläne und Konzepte so geplant, dass wir Ihnen bis **September 2016** (Ende der Sommerferien: 03. August) die Bescheide über die Genehmigung der Stellenrahmenpläne und Konzepte zusenden können. Sie werden also in einer der ersten Kirchenkreisvorstands-Sitzungen nach den Sommerferien darüber beraten können.

VI. Personalwirtschaftliche Ziele der Landeskirche

Auf Anregung der Landessynode werden die personalwirtschaftlichen Ziele der Landeskirche für den kommenden Planungszeitraum jetzt als positive Zielzahlen formuliert. Es wird damit die Bestimmung einer höchstzulässigen prozentualen Kürzungsrates bei den Berufsgruppen der Pfarrer/-innen und Diakonen/-innen aufgegeben, die noch an das alte Stellenplanungsrecht erinnerte.

Konkret bedeutet das, dass in den Stellenrahmenplänen der Kirchenkreise in der Summe der Landeskirche am Stichtag 31. Dezember 2022 **nicht weniger als 1.154 Pfarrstellen und nicht weniger als 360 Diakonenstellen** ausgewiesen sein dürfen. Das personalwirtschaftliche Ziel, eine hinreichende Anzahl von A- und B-Stellen für Kirchenmusiker und Kirchenmusikerinnen und deren angemessene regionale Verteilung zu sichern, bleibt unverändert.

Vorgaben für die einzelnen Kirchenkreise gibt es – wie bisher – aber nicht! Sollten allerdings die vorgenannten Zielzahlen nicht erreicht werden, wäre es uns gem. § 23 Abs. 3 FAG möglich, nach pflichtgemäßem Ermessen die Genehmigung der Stellenrahmenpläne für einzelne Kirchenkreise zu versagen.

VII. Fortentwicklung der Konzepte zu den Handlungsfeldern mit landeskirchlichen Grundstandards

a.) Ergänzende Beschlüsse der Landessynode

Wir weisen darauf hin, dass die Landessynode in ihrer Tagung im Mai dieses Jahres in Bezug auf den Grundstandard „Leitung des Kirchenkreises“ folgenden Beschluss gefasst hat: „Das Landeskirchenamt wird gebeten, bei der Überprüfung der Handlungskonzepte der Kirchenkreise zum Grundstandard Leitung besonderes Augenmerk auf die die Superintendentur entlastenden und begleitenden Strukturen zu legen und darüber dem Schwerpunktausschuss und dem Ausschuss für kirchliche Mitarbeit zu berichten.“

In Bezug auf den Grundstandard „Kirchliche Bildungsarbeit“ hat die Landessynode die Bitte geäußert, dass die Kirchengemeinden und Kirchenkreise, mögliche Formen der Kooperation und Zusammenarbeit mit den Ganztagschulen in ihrem örtlichen Umfeld verstärkt wahrnehmen und prüfen mögen, inwieweit die Grundstandards zum Handlungsfeld Kirchliche Bildungsarbeit entsprechend anzupassen sind.

Wir bitten Sie, bei Ihren Planungen jeweils zu prüfen, wie Sie die beiden Anliegen der Landessynode berücksichtigen können.

b.) Verwendung der landeskirchlichen Muster

Für die Konzepte des Kirchenkreises einschließlich der Vorbemerkungen zum Planungsprozess sind die landeskirchlichen Muster zu verwenden (§ 14 Abs. 4 FAVO). Diese Muster sollten auch Gegenstand der entsprechenden Beschlussfassung durch den Kirchenkreistag sein. Damit werden Abweichungen zwischen den vom Kirchenkreistag beschlossenen und den uns vorgelegten Planungsunterlagen vermieden, wie es vereinzelt in der Vergangenheit der Fall war. Sie finden diese Muster ebenso wie unsere Muster zum Stellenrahmenplan auf unserer Internetseite <http://finanzplanung.landeskirche-hannovers.de>.

Von unserer Seite bestehen keine Bedenken, geringfügige Veränderungen in den Mustern (z.B. Erweiterung um Spalten und Zeilen oder Weglassen nicht benötigter Zeilen, um Leerseiten zu vermeiden) vorzunehmen, um z.B. die Arbeit in den Gremien des Kirchenkreises zu erleichtern und eine höhere Akzeptanz des Musters zu erreichen. Das Muster muss aber als solches erkennbar bleiben.

c.) Schwerpunkte setzen

Wie wir Ihnen bei den Sprengelkonferenzen und bei den anderen Qualifizierungsveranstaltungen zu Anfang dieses Jahres erläutert haben, ist es besonders wichtig, mehr Kontinuität in der Planungsarbeit zu erreichen und auch auf diese Weise den Planungsaufwand zu verringern. Im Vordergrund des Planungsprozesses sollte zunächst einmal die Evaluation der Ergebnisse des Planungsprozesses für den laufenden Planungszeitraum stehen. Diese Evaluation ist in allen Handlungsfeldern und deren einzelnen Dimensionen erforderlich, soweit Sie im Jahr 2011 zu diesen Dimensionen Ziele formuliert haben.

Wir bitten Sie aber nochmals, auch in der Schlussphase des Planungsprozesses auf eine **Schwerpunktsetzung** bei der Benennung neuer Herausforderungen und der Formulierung neuer Ziele und Maßnahmen zu achten. Es ist **nicht erforderlich, schon in diesem Jahr in allen sieben Handlungsfeldern der landeskirchlichen Grundstandards neue Konzepte mit neuen Herausforderungen, Zielen und Maßnahmen zu formulieren**. Sie haben durchaus die Möglichkeit, sich zunächst auf einzelne Handlungsfelder oder Dimensionen zu konzentrieren und andere Handlungsfelder oder Dimensionen in den kommenden Jahren eingehender zu bearbeiten.

Im Interesse einer Kontinuität in der Planungsarbeit empfehlen wir Ihnen, die **Planungsgremien** so zu organisieren, dass sie ihre Arbeit auch über die Planungsprozesse in diesem Jahr hinaus fortsetzen und die Weiterentwicklung der Planung auch während des Planungszeitraums in dem erforderlichen Umfang kontinuierlich begleiten können.

Sollten Sie im Laufe des Planungszeitraums in einem Handlungsfeld auf Grund geänderter Herausforderungen ein **neues Ziel** formulieren, muss der Kirchenkreistag darüber beschließen. Im Gegensatz dazu bedarf eine Fortschreibung der Maßnahmen zur Umsetzung bereits formulierter und vom Kirchenkreistag beschlossener Ziele lediglich eines entsprechenden Kirchenkreisvorstandsbeschlusses.

Zur Kontinuität des Planungsprozesses gehört es auch, dass der Kirchenkreistag, dessen Amtszeit am 31. Dezember 2018 endet, dem neuen Kirchenkreistag über den erreichten Stand der Umsetzung der beschlossenen Planung, weiter zu bearbeitende Ziele und bereits beschlossene oder noch

zu beschließende Maßnahmen berichtet. Einen solchen **Übergabebericht** formuliert am zweckmäßigsten der Kirchenkreisvorstand, weil er für die Umsetzung der Konzepte und die Realisierung einzelner Maßnahmen verantwortlich ist. Dieser Bericht des Kirchenkreisvorstandes ist uns im Jahr 2018 als Zwischenbericht über den Stand der Planung vorzulegen. Für die Gestaltung des Übergabeberichts werden wir Ihnen rechtzeitig weitere Hinweise geben. Wir planen außerdem, Ihnen im zweiten Quartal 2018 zusammen mit dem Fachgebiet Gemeindeberatung/Organisationsentwicklung erneut Qualifizierungsveranstaltungen für die Gestaltung einer kontinuierlichen Planung anzubieten.

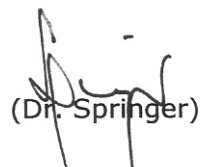
d.) Unterstützung und Hilfe

Unterstützung und Hilfe für die laufende Planung finden Sie auf unserer Internetseite <http://finanzplanung.landeskirche-hannovers.de>. Hier finden sich z.B. sämtliche Rechtsgrundlagen, einschlägige Aktenstücke der Landessynode und Muster (best-practice-Beispiele anderer Kirchenkreise aus dem laufenden Planungszeitraum, Muster-Konzepte für alle Handlungsfelder aus den Fachreferaten des Landeskirchenamtes).

VIII. Strukturanpassungsfonds

Trotz der nur moderaten Verringerung des Allgemeinen Planungsvolumens wird eine Minderheit von Kirchenkreisen finanziell so belastet bleiben, dass sie ihre Aufgaben nicht ohne zusätzliche Solidarität der Landeskirche bewältigen kann. Die Landessynode hat sich deshalb dafür ausgesprochen, den Strukturanpassungsfonds über den 31. Dezember 2016 hinaus fortzuführen. Erste Überlegungen darüber, ob und ggf. wie die Bedingungen der Förderung aus dem Strukturanpassungsfonds fortentwickelt werden können und in welchem Umfang eine Förderung aus dem Strukturanpassungsfonds künftig erforderlich ist, haben wir der Landessynode im Mai dieses Jahres vorgestellt. Sie finden unseren Bericht ebenfalls unserer Internetseite <http://finanzplanung.landeskirche-hannovers.de>. Die Landessynode hat das Aktenstück den zuständigen Ausschüssen zur Beratung überwiesen mit der Vorgabe, der Landessynode im November zu berichten. Verbindliche Aussagen, insbesondere zur Höhe einer finanziellen Förderung aus dem Fonds, können wir deshalb noch nicht treffen.

Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Springer)

Verteiler:

Kirchenkreisvorstände und Vorstände der Kirchenkreisverbände
(mit Abdrucken für die Kirchenämter und Kirchenkreisämter)
Vorsitzende der Kirchenkreistage
Landessuperintendenturen
Rechnungsprüfungsamt (mit Abdrucken für seine Außenstellen)
Gesamtausschuss der Mitarbeitervertretungen